

Ist es wirklich zu viel verlangt, Politiker der AfD in der ARD ungestört zu Wort kommen zu lassen?

Mir kann niemand erzählen, dass der Skandal um das ARD-Sommerinterview mit der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel nicht zumindest mit Duldung von ganz oben im Sender stattgefunden hat. Die Sommerinterviews, deshalb heißen die ja so, finden traditionell immer unter freiem Himmel und möglichst bei Sonnenschein im Regierungsviertel statt, nicht nur dann, wenn Frau Weidel kommt. Auf der anderen Seite des Spreeufers hatte sich eine mit Trillerpfeifen und lauter Musik bewaffnete zahlenmäßig überschaubare linksextreme Aktivistenschar versammelt, die das TV-Gespräch zwischen Moderator Markus Preiß und Frau Weidel nicht nur für die Fernsehzuschauer schwer verständlich machte, sondern auch den Dialog vor der Kamera sichtbar erschwerte.

Weidel sagt hinterher zurecht, dass die Störungen „weder im Interesse der AfD-Vorsitzenden noch im Sinne der ARD als Interview führendes Medium“ gewesen seien.

+++OHNE IHRE UNTERSTÜTZUNG KÖNNEN WIR NICHT WEITERMACHEN+++Bitte spenden Sie für unser unabhängiges Medium auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @KelleKlaus+++

Denn das Publikum nimmt das ja nicht als legitimen demokratischen Protest wahr, sondern als das was es ist: eine unfaire Beeinträchtigung des Rechtes der AfD als größte Oppositionspartei vor der Bevölkerung zu Wort zu kommen.

Entweder hätte man die Schreihälsa am anderen Spreeufer vorher abräumen und außer Hörweite bringen müssen, bevor das Interview begann. So geschah es ja später – als die Polizei eingriff, da die Störkation nicht angemeldet war. Oder man verlegt das Interview ins Innere des Reichstagsgebäudes, oder man verschiebt den Termin. Aber dieses öffentlich-rechtliche Trauerspiel ist niemals akzeptabel. Und all denen, die sich klammheimlich freuen, dass man die unliebsame und erfolgreiche rechte Konkurrenz mal wieder so richtig vorgeführt hat – genau sowas bringt der AfD immer mehr Zulauf, so wie auch jeder Wahlgang im Bundestag, wo man AfD-Politikern ihr Recht auf einen Platz im Präsidium verweigert oder die ihr zustehenden Vorsitzenden der Fachausschüsse oder die Staatsfinanzierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Die Fernsehzuschauer, die Leser von Tageszeitungen, die Nutzer von Internetmedien – jeder sieht, dass die AfD ungerecht behandelt wird. Und das darf nicht passieren in einem demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat.

In unserem Freundes- und Bekanntenkreis gibt es Menschen, die die AfD strikt ablehnen, und es gibt Menschen, die die AfD wählen, weil sie sich anders nicht mehr zu helfen wissen. Aber alle sagen bezüglich des Umgangs der Staatsmedien und der anderen Parteien mit der AfD, dass dies nicht in Ordnung ist.

Und weil aber offenbar niemand willens ist, am Umgang mit dieser Partei etwas zu ändern, wird die AfD immer größer und immer stärker, obwohl es auch gute Gründe gibt, sie nicht zu wählen. „Was verboten ist, macht uns erst richtig scharf“, hat der frühere DDR-Bürgerrechtler und Liedermacher Wolf Biermann bei seinem legendären Konzert am 13. November 1976 in einer Kölner Sporthalle gerufen. Und so ist es auch heute.

Wenn man versucht, die AfD, der bei der vergangenen Bundestagswahl mehr als zehn Millionen Bürger ihre Stimme gegeben haben, einzuschränken, sie mundtot zu machen, sie niederzubrüllen, ihnen Veranstaltungsräume zu verweigern, im schlimmsten Fall ihr Politiker anzugreifen und ihre Autos anzuzünden – dann wächst der Zuspruch für die AfD weiter. Einfach, weil die Leute sehen, dass es nicht richtig ist, wie die Machtelite und der Mob mit denen umgeht.

Die ARD teilte anschließend ihr Bedauern mit und versprach, man werde aus den Vorkommnissen „Schlüsse ziehen“, was immer das auch bedeuten mag. Und man werde bei zukünftigen Interviews mit AfD-Repräsentanten „Vorkehrungen treffen“. Bleibt die Frage, warum man es nicht dieses Mal vorher schon gemacht hat? Man hätte doch vielleicht wissen können, dass bei Auftritten von Top-AfDlern sowas passieren könnte...